

<b>Drucksache</b>	Drucksache-Nr.:
<b>der Kreisverwaltung Segeberg</b>	<b>DrS/2024/058</b>
öffentlich	

Fachdienst Gremien, Kommunikation, Controlling

Datum: 06.03.2024

Beratungsfolge:

Status      Sitzungstermin      Gremium

Ö            14.03.2024            Kreistag des Kreises Segeberg

**Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Anschluss an die "Trierer Erklärung des Deutschen Städtetags"**

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Kreises Segeberg schließt sich im Grundsatz der „Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages“ an. Die Menschen im Kreis Segeberg stehen hinter dieser Erklärung.

## Zusammenfassung:

### Sachverhalt:

s. Antrag

### Finanzielle Auswirkungen:

Nein

Ja:

Darstellung der einmaligen Kosten, Folgekosten

Mittelbereitstellung

Teilplan:

In der Ergebnisrechnung

Produktkonto:

In der Finanzrechnung investiv

Produktkonto:

Der Beschluss führt zu einer über-/außerplanmäßigen Aufwendung bzw. Auszahlung

in Höhe von \_\_\_\_\_ Euro

(Der Hauptausschuss ist an der Beschlussfassung zu beteiligen)

Die Deckung der Haushaltsüberschreitung ist gesichert durch Minderaufwendungen bzw. -auszahlungen beim Produktkonto:

Mehrerträge bzw. -einzahlungen beim Produktkonto:

### Steuerliche Relevanz

Einschätzung durch den FD 20.00 erfolgt

Keine steuerliche Relevanz gegeben

### Belange von Menschen mit Beeinträchtigungen sind betroffen:

Nein

Ja:

### Belange von Menschen mit Beeinträchtigungen wurden berücksichtigt:

Nein

Ja:

**Anlage/n:**

Dringlichkeitsantrag



**GRÜNE Kreistagsfraktion Segeberg**

Denise Kreissl – Co-Vorsitzende

Stubber Dorfstraße 35

23818 Neuengörs

[denise.kreissl@gruene-kreistag-se.de](mailto:denise.kreissl@gruene-kreistag-se.de)

0163 – 712 48 49

**Kreistagspräsident** des Kreistages Segeberg

Hr. Jörg Buthmann

**Landrat** des Kreises Segeberg

Hr. Jan-Peter Schröder

[kreistagsbuero@segeberg.de](mailto:kreistagsbuero@segeberg.de)

Neuengörs, 05. März 2024

### **Dringlichkeits-Antrag zur Sitzung des Kreistages am 14. März 2024**

Sehr geehrter Herr Kreispräsident Buthmann, sehr geehrter Herr Landrat Schröder, zur o.g. Sitzung des Kreistages stellt die Grünen-Fraktion folgenden Dringlichkeits-Antrag:

Der Kreistag des Kreises Segeberg beschließt:

**Der Kreistag des Kreises Segeberg schließt sich im Grundsatz der „Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages“ an. Die Menschen im Kreis Segeberg stehen hinter dieser Erklärung.**

Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland hat uns alle schockiert. Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land, in unseren Landkreisen und Städten schüren.

In unseren Kreisen und Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unserer Gesellschaft. Das macht uns aus. Unsere Städte und Kommunen gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.

Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen im ganzen Land deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Gesellschaft.

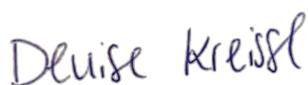
### **Begründung:**

Aufgrund des jüngst bekannt gewordenen Geheimtreffens von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung, der Werteunion sowie rechtsradikalen Aktivisten im November 2023, hat der Deutsche Städtetag nach den Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss am 18.01.2024 die „Trierer Erklärung“ verabschiedet.

Im Nachgang zu diesen Sitzungen haben sich bereits Städte und Organisationen der Erklärung angeschlossen. Auch die Menschen im Kreis Segeberg haben mit großen Demonstrationen im gesamten Kreisgebiet deutlich gemacht, dass sie ein unmissverständliches, klares Zeichen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus setzen möchten.

Dem müssen wir uns als Kreispolitik anschließen und nehmen die anhaltenden Demonstrationen und tägliche Berichterstattung dazu zum Anlass, diesen Antrag als Dringlichkeits-Antrag einzubringen, denn auch wir sollen und müssen uns öffentlich zu diesen verfassungsrechtlich zugesicherten Grundwerten bekennen.

Mit freundlichen Grüßen



Denise Kreissl  
Co-Fraktionsvorsitzende



Arne Hansen  
Co-Fraktionsvorsitzender



Fabian Osbahr  
Stv. Fraktionsvorsitzender